

Volks-Zeitung

Gesamtdirektor: Otto Wustke, Berlin-Schöneberg

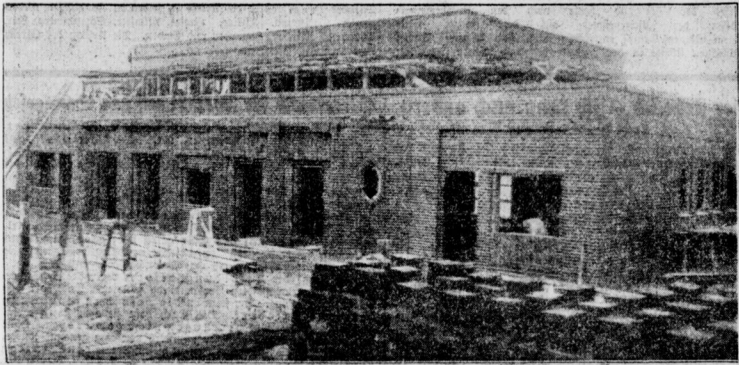
Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Feinheitsbrot	0,56	Lebenshaltungsgüter	150,2
Milch	0,54	Straßenbahn	0,20
Freihaus	1,50	Hochbahn	0,20
Gas o. Kohle	12,28, 2,32	Stadtbus	111, 0,15
Strom o. Grundgeb.	0,16	Omnibus	0,20
Gas o. Wasser	0,15	Nachtszuschlag	0,20

Zufuhr in Schlachtvieh normal	Preise wie bisher
Rindfleisch 0,96-1,10, do. ohne Knochen 1,15-1,40, Kalbfleisch 1,00-1,20, Hirsfleisch 1,90 bis 1,30, Schweinefleisch 0,85-1,20, Geflügel 0,70-1,00, Rindfleisch 0,69 bis 1,00, Schweinefleisch 0,85 bis 0,90, Künderzig, ausgel. 0,70 bis 0,75, Sauerbraten 0,60-0,70, Butter 1,90-2,20, Margarine 0,60 bis 0,65, Kartoffeln 10 Pfund 0,55-0,60	

Druck und Verlag: Rudolf Woffe, Berlin

Schafft die Landtage ab!



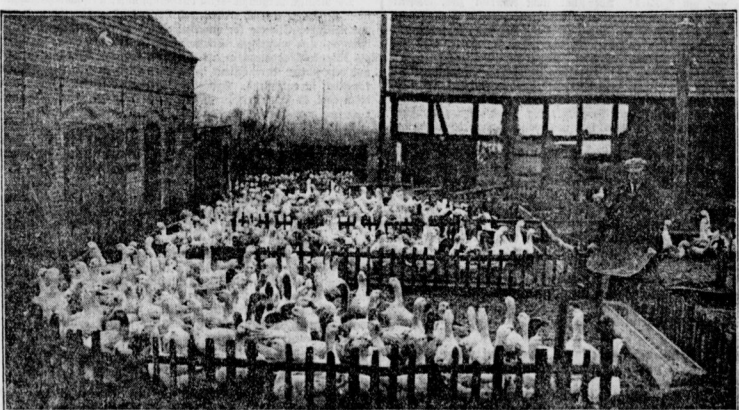
Der neue Stadtbahnhof auf dem Messegelände in Witzleben



Marinkowitsch und Briand, die Unterzeichner des französisch-jugoslawischen Vertrages



„Weh dem, der lügt“! Schillertheater Leopold v. Ledebour als Graf Kattwald



Unsere Weihnachtsgans wird gemästet Eine Geflügelkürerei in Oderbruch

Roche Forderung

Der demokratische Parteiführer im braunschweigischen Wahlkampf

Braunschweig, 12. November.

Die Deutsche demokratische Partei in Braunschweig eröffnete den Landtagswahlkampf mit einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der der Parteivorstand sich über das Thema „Nationales oder nationalistische Politik?“ sprach. Der Redner ging zunächst auf die Regierungsgeschichte der Zeit seit dem Einmarsch in die Rheinlande ein und betonte die mit ihrem Verhalten in der Opposition und mit ihren früheren Auftritten: „wenn wir erst mal in der Regierung wären...“ Die deutschnationalen Wähler hätten meist die Wiedererrichtung der Monarchie erhofft, dabei hätten die Deutschnationalen der Verlängerung des Krieges zum Schutze der Republik zugestimmt. Weiter hätten die Wähler auf eine französische Intervention gerechnet, davon habe man aber nichts gemerkt. Schließlich habe man nun auf eine besonders hohe Aufwertung gehofft — und in allem täten sich heute die deutschnationalen Wähler betrogen. Nur die Großagrarier und die Schwerindustrie seien zufrieden. Ungeduld der heranwachsenden Reichsbürgerschaft begänne sich jetzt auch die Rechte mit dem Gedankensystem des Einheitsstaates zu befunden. Mit der Parlamentsspielerei, mit 100 Ministern und über 2000 Abgeordneten in Deutschland müsse schließlich Schluss gemacht werden. Ubergang zum Reichsgesetz warnte noch die Deutsche Volkspartei vor der jetzt gemachten Konzeption, die Einheitsstaaten in Baden und Hessen vorzuziehen zu lassen und sonst alle deutschen Schulen zu schließen.

Die Länder streben ab

Kemmel für den Einheitsstaat

Karlsruhe, 12. November.

Der badische Minister des Innern Dr. Kemmel äußerte sich zur Frage des Einheitsstaates im Reichstages „Reichstagsreden“ unter anderem dahin, daß einzelne der deutschen Länder in die Periode des direkten Abstimmens hinübergehen. Nur der preussische Staat habe nach langem Zögern und seiner wirtschaftlichen Realität die zur Errichtung seiner eigenen, selbständigen, getrennten Finanzlage, auf dem wichtigsten Gebiete des verfassungsrechtlichen Schutzes heute ein unüberwindliches Hindernis. So wie die Dinge liegen, müsse die Errichtung der republikanischen Staatsform durch einen gefunden Ausweg der Reichseinheit mit einer ebenso gefunden, gerechten und klaren Dezentralisation der Reichsgewalt in Maßnahmen der deutschen Länder als die primäre Aufgabe angesehen werden.

Oldenburg, 12. November.

Der oldenburgische Landtag ist zur Regelung der Frage der Fortschreibung der Beamtenbesoldungsneuregelung zu einer Verbitungung einberufen worden. Die Regierung hat beantragt, zur Deckung der Landesfinanzen um 11 Prozent zu erhöhen. Die Ausschüsse beraten seit vier Wochen, welcher Weg einschlagen ist. Der aus der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen bestehende Landesblock, der mit dem Zentrum die Regierung bildet, stand vor der Frage, die Wirtschaft erneut zu belasten, oder es zu einer Regierungsgeschichte kommen zu lassen. Er wählte den ersten Weg. Da aber das Land in erster Linie agrarisch eingestellt ist, forcierte er dafür, daß Gewerbe und Hausbesitzer mit einer entsprechenden Steuererhöhung belastet werden, die Landwirtschaft aber nur mit 5 Prozent Erhöhung. In der langen Debatte kam wieder die Frage des Einheitsstaates auf. Der frühere Ministerpräsident Langen legte in der Erinnerung am Freitag, über alle Gefühle hinweg mühen wir uns gemeinsam mit der Frage des Einheitsstaates befassen. Wir finden, daß hier etwas Großes im Werden ist. Wenn der Landtag keine Vereinfachung der Staatsverwaltung durchsetzen kann, wird der Wunsch Oldenburgs an ein großes Staatswesen zu erwarten sein. Es muß in dieser Frage mit Rücksichtlosigkeit vorgegangen werden.

Schnelldienst

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beruhte heute die Gewerbesteuer über die Ausübung des Reichsministeriums.

Die demsburger Bürgerwehr nahm gestern einen dringlichen Gesandten an, nach dem für Rotenbanden im demsburger Staatsgebiet zu nicht weitere 15 Millionen Markt bereitgestellt werden.

In der schritten Geplagter Staatsverordnetenversammlung derer der Staatsrat einstiglich das Verwirkeln und mußte nach dem Reaktionsausgebrach werden.

Der Führer der tschechischen Sozialdemokraten, Giliwsky, erklärte, seine Partei werde nicht daran, sich an der gegenwärtigen Regierungsgeschichte zu beteiligen.

Der tschechische Gesandte in Wien hat mitgeteilt, daß die tschechische Regierung mit dem 1. Januar die tschechische Währung über Österreich auf der Basis der Gegenleistung aufheben werde.